

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/124

4. Juli 1975

Die deutsch-irraelischen Beziehungen

Zum Bonn-Besuch von Premierminister Rabin

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied des SPD-Fraktionvorstandes und Präsident
der deutsch-irraelischen Gesellschaft

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Mangel oder Überfluß ?

Klarstellungen zum aktuellen Lehrerproblem

Von Jürgen Girgensohn MdL

Kultusminister von Nordrhein-Westfalen

Seite 3 und 4 / 41 Zeilen

Vorurteile trotz "Jahr der Frau"

"Geduldiges Schaf hinterm Kochtopf" weiter das Ideal-
bild

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Seite 5 und 6 / 51 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Breschnjew und Brandt zu Berlin

Seite 7 / 30 Zeilen

Ch#redakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 99 37 - 38
Telex: 08 80 898 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die deutsch-israelischen Beziehungen

Zum Bonn-Besuch von Premierminister Rabin

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Präsident der
deutsch-israelischen Gesellschaft

Wenn Israels Ministerpräsident Yitzchak Rabin in der kommenden Woche in der Bundesrepublik eintrifft, ist ein neuer Höhepunkt der deutsch-israelischen Beziehungen erreicht. Die Tatsache, daß nach dem zweimaligen Besuch von Außenminister Yigal Allon im Frühjahr nun auch der Premierminister Israels die Bundesrepublik besucht, deutet darauf hin, welche Qualität die deutsch-israelischen Beziehungen in der Außenpolitik Jerusalems gewonnen haben. Sie ist durch Achtung und gegenseitiges Verständnis und den israelischen Wunsch nach verstärkter politischer Partnerschaft mit Bonn gekennzeichnet.

Während der vergangenen zehn Jahre waren die deutsch-israelischen Beziehungen dadurch bestimmt, den tragischen Schlußpunkt der deutsch-jüdischen Geschichte durch den Aufbau eines in die Zukunft weisenden konstruktiven Verhältnisses allmählich zu überwinden. Zahlreiche Projekte des Kultur- und Wissensaustausches und der Jugendbegegnungen sind aus dem dichten deutsch-israelischen Geflecht nicht mehr wegzudenken. Auch die Verbindungen der Israelischen Arbeiterpartei zur deutschen Sozialdemokratie gehören zum festen Bestand jener entwickelten Beziehungen.

Einem aufmerksamen Beobachter werden aber auch die Wandlungen im Verhältnis zwischen beiden Ländern seit 1965 nicht entgangen sein. Zog der erste Botschafteraustausch zwischen Bonn und Jerusalem von seiten der arabischen Staaten den Abbruch der diplomatischen Kontakte nach sich, so ist mittlerweile deutlich geworden, daß eine deutsche Nahostpolitik, die sich um gute und freundschaftliche Beziehungen zu Israel bemüht, auch in der arabischen Welt akzeptiert wird. Gleichzeitig hofft man in Jerusalem, daß die europäisch-arabische Zusammenarbeit wichtige Impulse zum Abbau anti-israelischer Haltungen geben kann.

In den letzten Jahren ist nicht nur in der Bundesrepublik, sondern vor allem auch in der israelischen Öffentlichkeit versucht worden, den Ursachen für den Meinungswechsel nachzugehen, der seit 1967 in weiten Teilen der politisch interessierten deutschen Bevölkerung unzweifelhaft stattgefunden hat. Neue politische Entwicklungen in unserem Lande, wichtige Veränderungen in der internationalen Politik, wie die Entspannungsbemühungen zwischen

Ost und West, nicht zuletzt aber auch neue Konstellationen im arabisch-israelischen Konflikt selbst haben dazu beigetragen, das Bild Israels und der arabischen Nachbarn differenzierter zu betrachten. Politische Diskussionen in der Bundesrepublik über den Nahen Osten spiegeln damit auch die inneren Auseinandersetzungen in Israel und in einigen arabischen Staaten um die richtige Politik wider. Die starren Fronten von einst sind in Bewegung geraten.

Jüngste israelische Presseberichte haben der Spekulation neue Nahrung gegeben, daß in den Außenämtern der Europäischen Gemeinschaft eine angebliche deutsche Initiative zum Anlaß genommen werden könnte, einen Vorschlag für eine Gesamtregelung des Nahostkonflikts zu erarbeiten. Hierbei ist Vorsicht geraten. Sowohl in Israel als auch in den arabischen Nachbarstaaten würde ein solches Experiment zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur Mißverständnisse und Verwirrung schaffen. Andererseits ist es legitim, daß Europa aufgrund seiner geographischen Lage ein lebenswichtiges Interesse an einer Beilegung des Nahostkonflikts haben muß. Eine eigenständige westeuropäische Position wäre daher wünschenswert. Sie darf jedoch nicht auf einem politischen Minimalkonsens unter den Partnern der Gemeinschaft beruhen, der unterschiedlich interpretationsfähig ist. Wer zur Übernahme politischer Verantwortung für die Region ist, muß auch die Frage vorher bedenken, ob bei kontroversen Anträgen in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen die Stimmenthaltung ausreicht.

Zu den Gesprächsthemen Yitzchak Rabins in Bonn gehören mit Sicherheit Überlegungen zur Entschärfung des spannungsreichen Zustands in der nahöstlichen Region. In Israel sind die besonderen Bemühungen der Bundesrepublik um den Freihandelsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft dankbar anerkannt worden. Es ist politisch wichtig, daß diesem Abkommen ähnliche Verträge mit den arabischen Mittelmeeranrainern folgen. Der Aufbau einer modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und allen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens können Ecksteine auf dem Wege friedensvertraglicher Regelungen setzen.

Israels Existenz hängt nicht allein von sicheren Grenzen, sondern sehr wesentlich auch von der Stabilität seiner Wirtschafts- und Sozialstruktur ab. Wer in der Bundesrepublik hierzu einen Beitrag leisten will, darf sich nicht durch Drohungen schrecken lassen, die der Politik von gestern angehören. Die deutsche Industrie ist aufgerufen, nicht nur in den arabischen Ländern, sondern nun auch endlich in Israel ihr wirtschaftliches Betätigungsfeld zu erweitern.

(-/4.7.1975/ks/pr)

+ + +

Mangel oder Überfluß ?

Klarstellungen zum aktuellen Lehrerproblem

Von Jürgen Birgensohn MdL
Kultusminister von Nordrhein-Westfalen

Die Verwirrung des Bürgers ist komplett. Werden wir in den nächsten Jahren zu viele Lehrer haben, oder wird der Mangel andauern? Lehrermangel, Lehrerschwemme - der Leser findet oft beides gleichzeitig in seiner Morgenzeitung. Was stimmt denn nun? Wie sehen die Fakten aus?

Es trifft zu, daß die Lehrerzahlen von Jahr zu Jahr wachsen und in den kommenden Jahren noch stärker wachsen werden. Das ist gut so. Wir haben uns jahrzehntelang in der Schule behelfen und einschränken müssen. Jetzt wird es uns zum ersten Mal möglich, die Notmaßnahmen abzubauen, durch die wir in der Vergangenheit oft genug den Unterricht notdürftig aufrecht erhalten haben.

Wer die öffentliche Diskussion verfolgt, muß den Eindruck haben, daß wir unvermittelt von einem Mißstand in den anderen hinüberwechseln: Bisher drückender Lehrermangel, plötzlich die Gefahr einer zu großen Zahl von Pädagogen. Halten wir demgegenüber zunächst einmal fest: Es ist erfreulich, daß die Lehrerzahlen steigen. Dadurch verbessert sich die Qualität unserer Schulen und damit die Ausbildung unserer Kinder.

Was aber ist nun berechtigt: Die Klagen über den Lehrermangel oder die Warnungen vor einem Lehrerüberschuß? Beides. Das muß der Öffentlich-

keit paradox erscheinen, ist für den Fachmann aber selbstverständlich, weil es "den Lehrer" gar nicht gibt. Es ist möglich, daß wir nicht mehr alle Grundschullehrer beschäftigen können, während una gleichzeitig Lehrer für die beruflichen Schulen fehlen. Es ist möglich, daß wir in Zukunft Lehrer mit den Fächern Geografie, Geschichte, Deutsch oder Französisch abweisen müssen, ohne in der Lage zu sein, den Unterricht in anderen Fächern, z.B. Mathematik, Musik, Sport und Kunst-erziehung, voll erteilen zu können. Nur eine differenzierende Aussage wird dem Problem gerecht, nicht das Schlagwort.

Seit 1969 veröffentlichen wir daher in Nordrhein-Westfalen Vorausberechnungen des Lehrerberarfs, seit 1972 nicht nur für die einzelnen Schulformen, sondern für jedes einzelne Unterrichtsfach. Aufgabe dieser Vorausberechnungen ist es, junge Menschen, die Lehrer werden möchten, über ihre Beschäftigungsmöglichkeiten zu informieren und damit zu beraten.

Die Ergebnisse unserer Vorausberechnungen sind in der Vergangenheit oft genug kritisiert, als "Schönfärberei" oder "Lesen aus dem Kaffeesatz" abgetan worden. Nunmehr stellt sich die Richtigkeit dieser Vorausberechnungen immer deutlicher heraus. So kam es, daß ein Angriff der CDU auf die Bildungsplanung in Nordrhein-Westfalen vor einigen Tagen mit einem Eigentor endete. Offenbar zu einem konstruktiven Beitrag nicht in der Lage, forderte die Opposition lautstark das, was es in Nordrhein-Westfalen bereits seit Jahren gibt: Eine nüchterne Bestandsaufnahme.

(-/4.7.1975/ks/pr)

+ + +

Vorurteile trotz "Jahr der Frau"

"Geduldiges Schaf hintern Kuchtopf" weiter das Idealbild ?

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Kindermund-Ausspruch eines sich vernachlässigt fühlenden Sprößlings:
"Keiner denkt an mich, nur ich denke an mich." In der Rolle dieses Kindes
ist jede Frau, die sich noch einmal und immer wieder zum Thema Vorurteile
gegenüber Frauen äußert. Sei's drum: Irgend jemand muß ja davon sprechen,
daß die Diskussion um die Emanzipation der Frau und um das "Jahr der Frau"
die zählebigen Vorurteile gegen das weibliche Geschlecht kaum hat abbauen
können!

Dies hat jedenfalls eine Repräsentativ-Befragung der "Wickert-In-
stitute Tübingen" ergeben, die unter 2.000 Einwohnern der Bundesrepublik
durchgeführt wurde. An dem Umfrageergebnis ist besonders interessant -
wenngleich aus sozial-psychologischen Gründen leicht erklärlich -, daß
auch viele Frauen selbst meinen, ihre Geschlechtsgenossinnen gehörten am
ehesten ins Haus und an den Herd, daß sie ihnen zur Geduld raten und das
Vorurteil akzeptieren, Frauen könnten nicht Autofahren. 34 vH der Männer
und 32 vH der Frauen meinen, Frauen haben geduldig zu sein. Fast jeder
vierte Mann und fast jede fünfte Frau stimmen dem Vorurteil zu, daß Frauen
zu Hause und am Herd am besten aufgehoben sind.

Daß diese Quoten noch so erschreckend hoch sind, liegt sicherlich
zum ganz großen Teil daran, daß es nach wie vor an Vorbildern fehlt, die
eindeutig zeigen, ein Frauenleben im Beruf und in der Öffentlichkeit lohne
tatsächlich und sei mit einer normalen Familiensituation vereinbar. Die
"Führungsfrauen" sind fast ausnahmslos bereits im Großmütteralter und von

Familienpflichten weitgehend befreit. Jüngere "Führungsfrauen" befinden sich finanziell in einer so privilegierten Lage, daß sie von der Durchschnittsfrau ebenfalls nicht als Vorbild angesehen werden können. Das Durchschnittsfrauenleben sieht doch nach wie vor so aus: entweder Mann und Kinder, Tätigkeit als Wasch-, Flick- und Kochfrau, nebenher Erzieherin, Lehrerin, Chauffeuse - oder berufstätige Frau ohne Familie - oder berufstätige Mutter, d.h. nie endende Hetze zwischen Beruf und Familie, wobei das Eigenleben völlig zu kurz kommt.

Frauen können nicht logisch denken, meinen in derselben Umfrage immerhin noch fünf vH der Männer und drei vH der Frauen. Wie sehr Frauen logisch denken können, beweist aber das Umfrage-Ergebnis insgesamt. Denn: Männer und Frauen akzeptieren zum großen Teil die bestehenden Vorurteile gegenüber Frauen deshalb, weil die Verteidigung dieser Vorurteile die logische Konsequenz aus einer gesellschaftlichen Situation darstellt, welche die Frauen nach wie vor in besonderem Maße benachteiligt. Es ist für Männer und Frauen höchst unbequem, etwa aus dem Abbau dieser Vorurteile die logischen Folgerungen für diese Gesellschaft zu ziehen. Deshalb ist der Anreiz dazu klein.

Die Sozialdemokratische Partei leistet die härtere Arbeit zum Abbau von gesellschaftlichen Vorurteilen. Dies zeigt die eingeleitete Reform zum Ehe- und Familienrecht besonders deutlich; dies zeigt sich aber auch in einer Reihe von familienpolitischen Vorhaben und in dem Maßnahmenkatalog der Reform des § 218 !

Es sind auch beileibe keine "geduldigen Schafe", die in den letzten Jahren in die SPD eingetreten sind, weil sie sich als Frauen in dieser Partei am fortschrittlichsten gesehen finden. Bleibt also nur zu hoffen, daß die Diskussion um dieses beschämende Umfrage-Ergebnis so viel männlichen und weiblichen Unwillen hervorruft, daß ein weiteres Schrittchen in Richtung auf eine Emanzipation beider Geschlechter getan wird.

(-/4.7.1975/ks/pr)

+ + +